

# 37. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Wintersession 2020



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

---

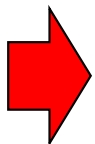
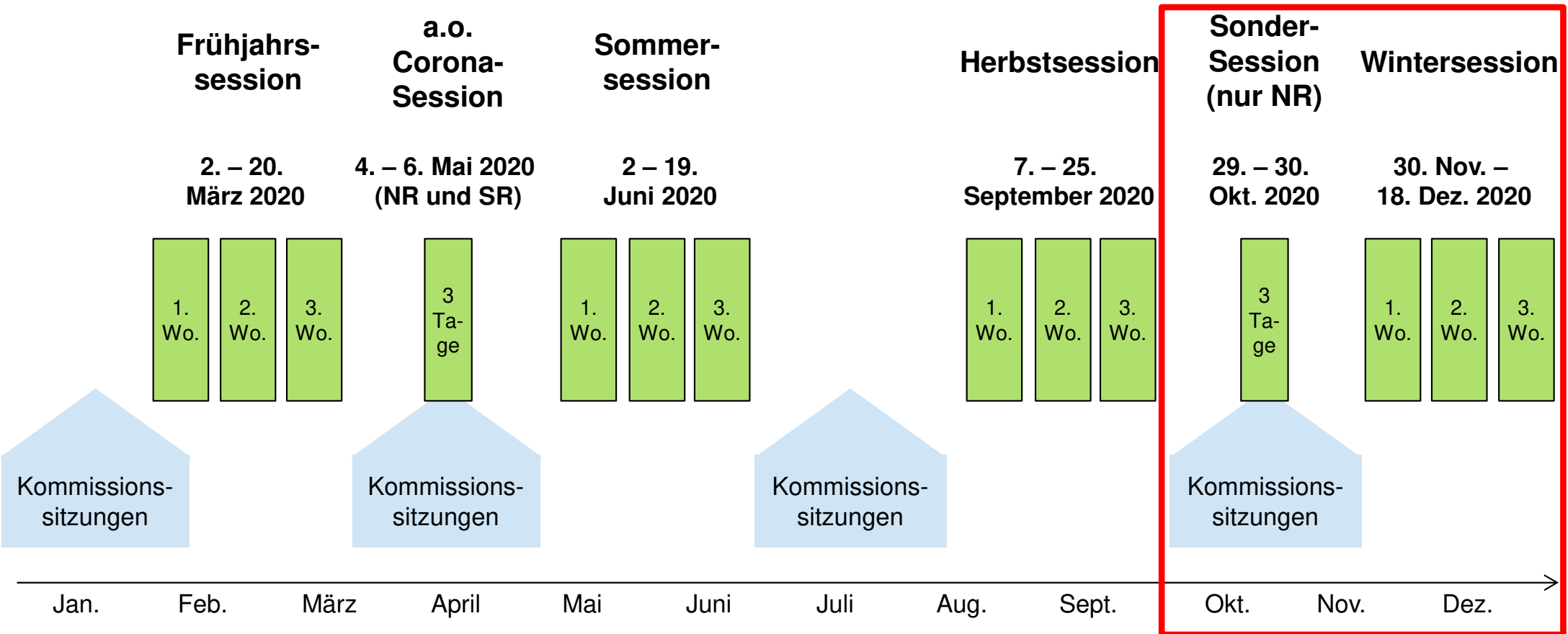
## 1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

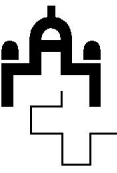
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Wintersession und andere wichtige politische Entwicklungen



**Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**

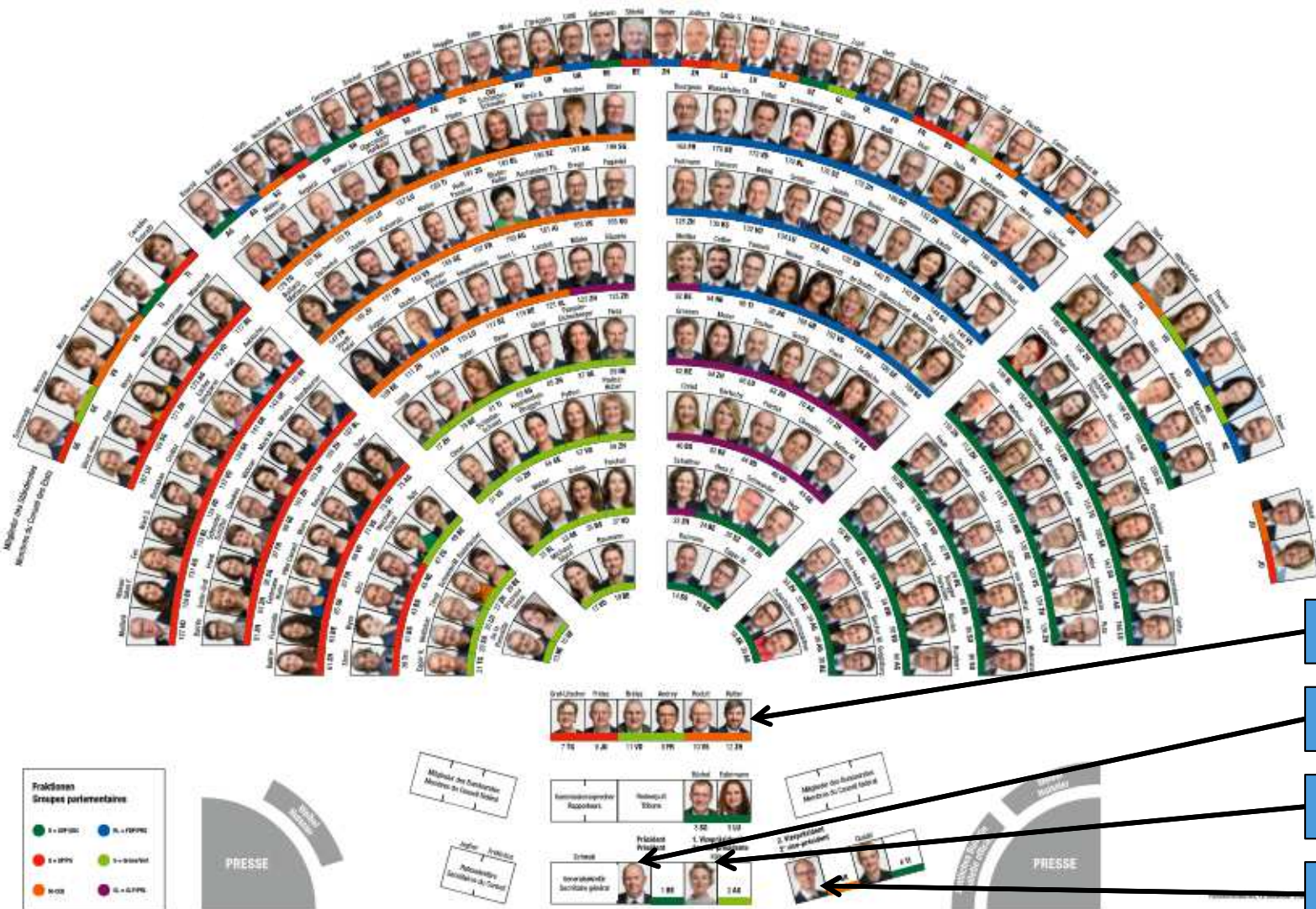


# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





# Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die Grünen und die Mitte



## Stärke der Fraktionen im Nationalrat

<b>SVP:</b>	<b>55</b>
SP:	39
Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

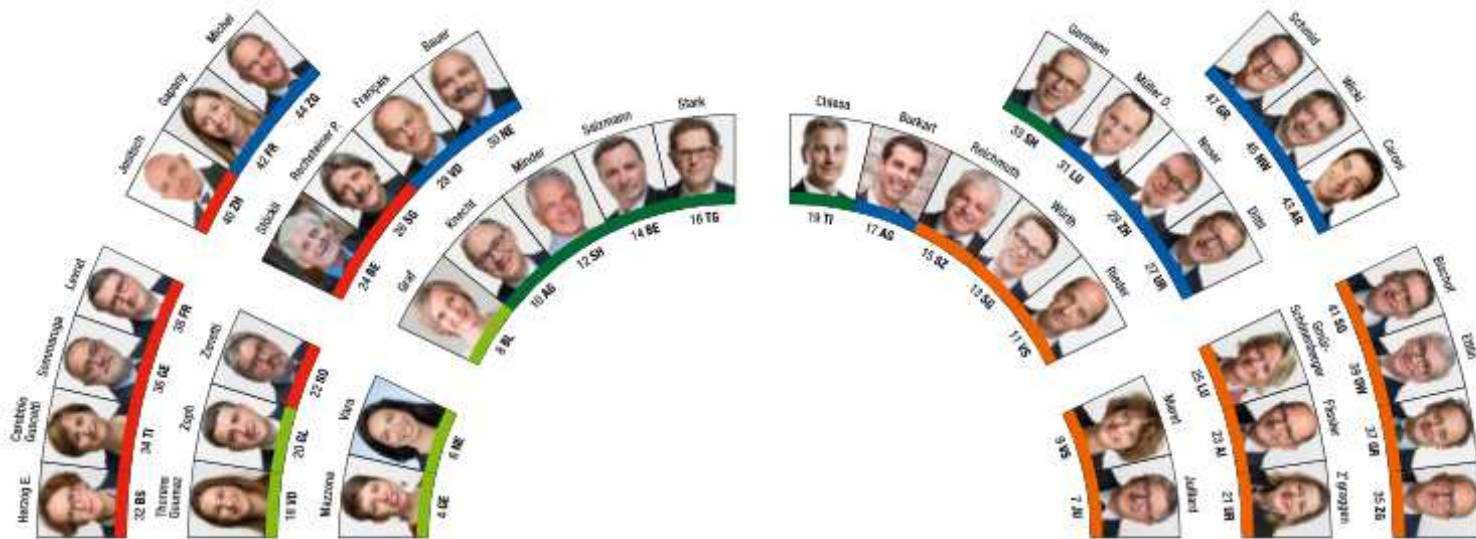
8 Stimmzähler

Präsident (SVP)

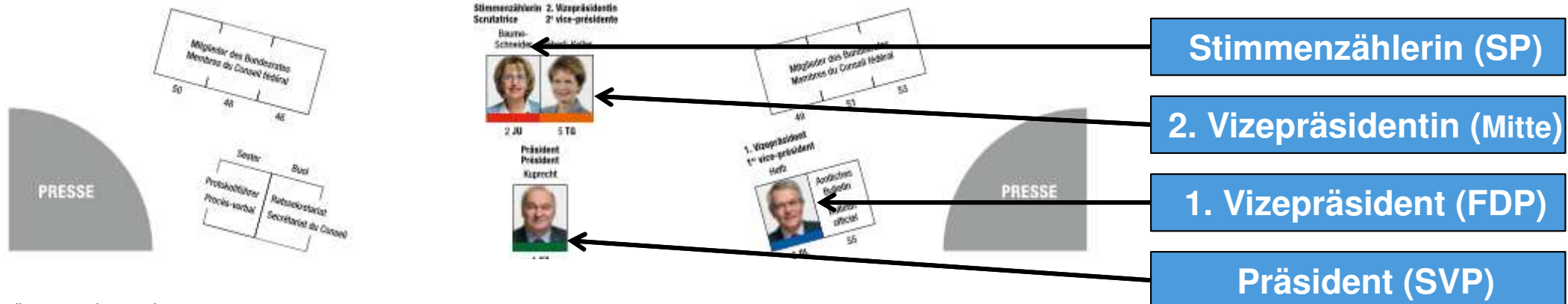
1. Vizepräsidentin (Grüne)

2. Vizepräsident (Mitte)

**Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert,  
die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die Mitte**



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
Mitte:	13
FDP:	12
SP:	9
<b>SVP:</b>	<b>7</b>
Grüne:	5
GLP:	-



---

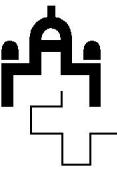
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten





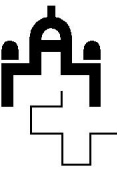
# Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sonder- und Wintersession 2020 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Wahl des Bundespräsidenten, Nationalratspräsidenten und Ständeratspräsidenten
- 2 Zweite Corona-Welle
- 3 Institutionelles Abkommen (InstA)
- 4 Ehe für alle
- 5 Änderung des Geschlechts
- 6 Nein zum islamistischen Terrorismus
- 7 Keine EuGH-Unterstellung der Ausschaffung krimineller Ausländer
- 8 Übernahme der Dolmetscherkosten für schlecht integrierte Ausländer
- 9 Tabakproduktegesetz: Werbeverbot für ein legales Produkt
- 10 Diverse weitere Geschäfte

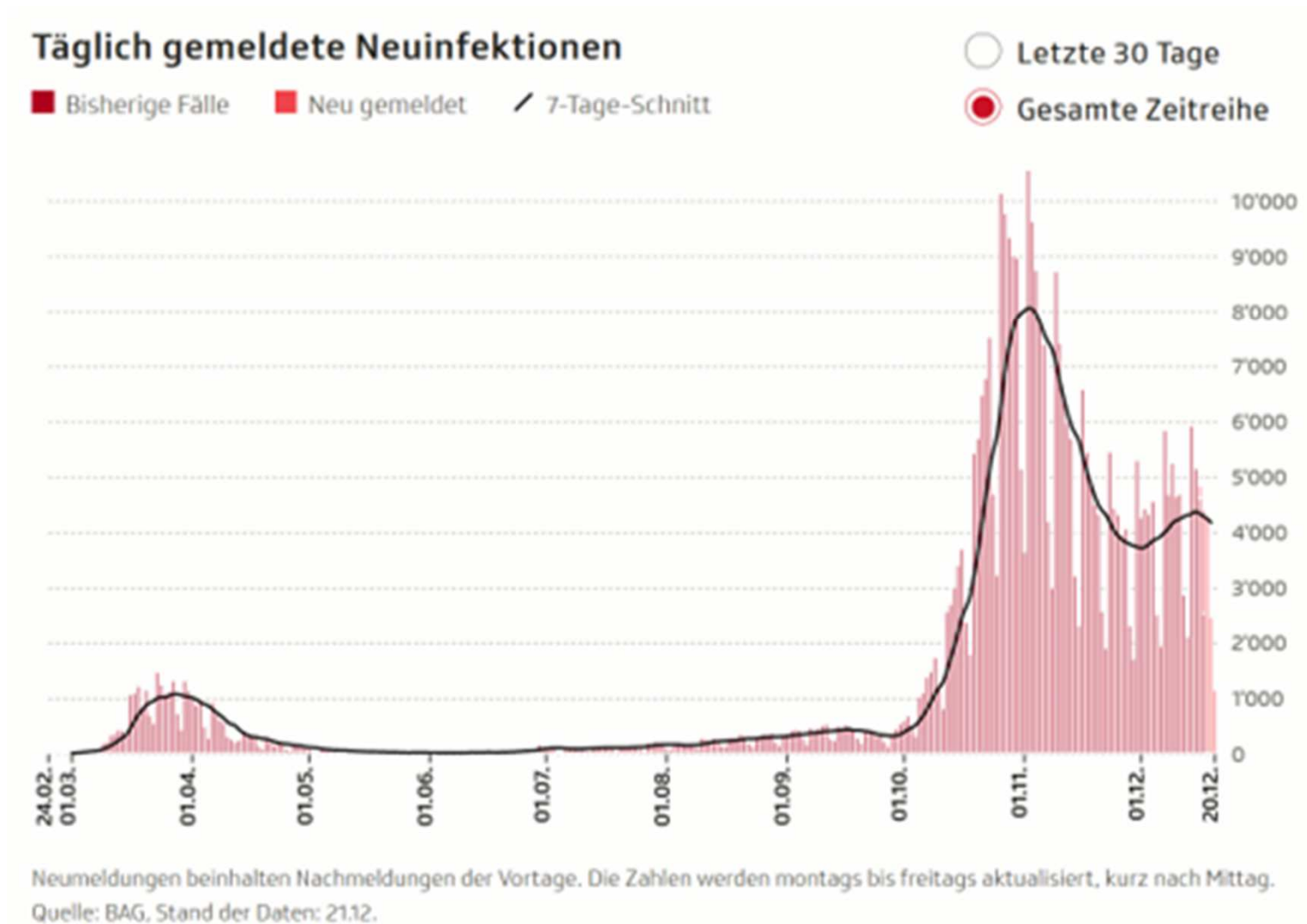
# Guy Parmelin wird Bundespräsident, Andreas Aebi wird Nationalratspräsident und Alex Kuprecht wird Ständeratspräsident

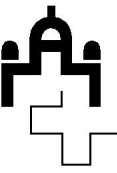






# Die zweite Corona-Welle hat die Schweiz stärker als die erste Welle getroffen: Senkung der Corona-Fallzahlen ist oberstes Ziel

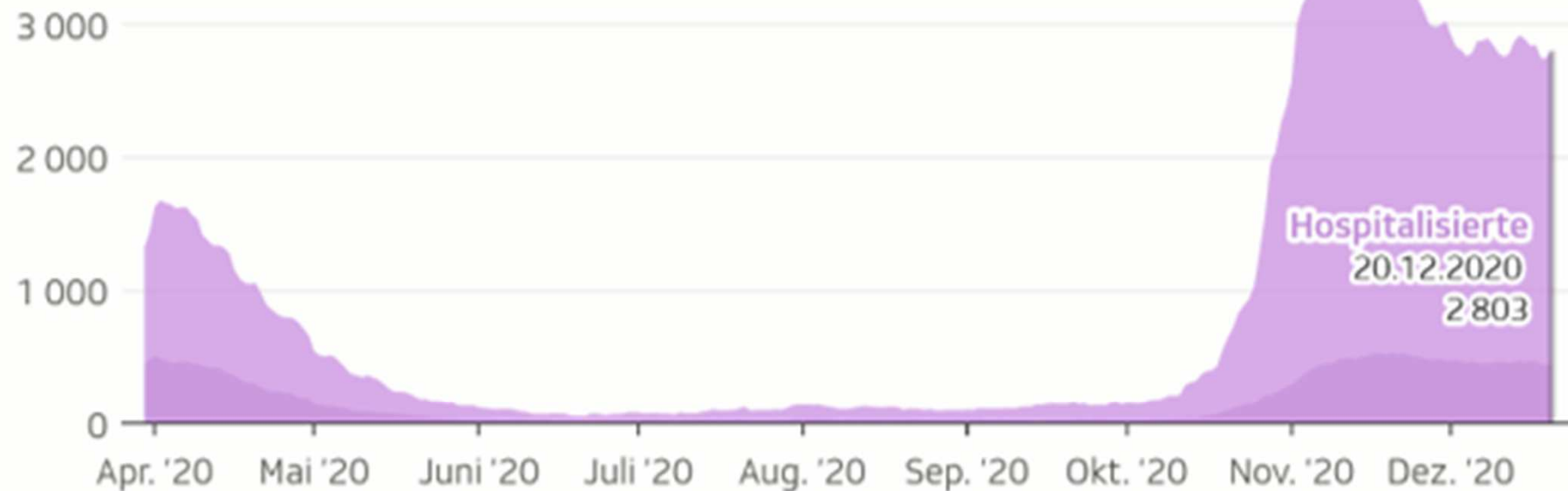




# Seit Mitte November ist die Zahl der Hospitalisierten wieder stark angestiegen

## Stand der Hospitalisierten mit Covid-19 in Schweizer Spitälern

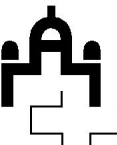
■ Hospitalisierte ■ davon auf Intensivstation



Hinweise: Zahlenreihe beginnt erst ab 30.3.2020, da dem BAG für die Zeit davor keine kohärenten Daten zur Verfügung stehen.

Grafik: SRF Data • Quelle: [BAG](#)





# Strenge Massnahmen brechen zweite Welle: Restaurantschliessung, Versammlungsverbot, Maskentragpflicht im öffentlichen Raum etc.

**Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus** 18.12.2020

Ab 22. Dezember gilt neu schweizweit:

**Geschlossen:**

- Museen
- Zoos und botanische Gärten
- Restaurants und Bars
- Sportbetriebe und -anlagen
- Weitere Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe

**Weniger Kundinnen und Kunden in Läden**

Strengere Kapazitätsbeschränkung: weiterhin geschlossen ab 19 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen.

**Dringende Empfehlung: Bleiben Sie zu Hause**

Kontakte auf Minimum reduzieren; verzichten Sie auf nicht notwendige Reisen und Ausflüge.

**Weiterhin gilt:**

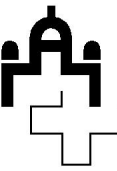
- Ausgedehnte Maskenpflicht
- Gemeinsamer Gesang nur in Familie und Schule
- Private Treffen mit max. 10 Personen
- Verbot von Veranstaltungen
- Homeoffice (Empfehlung)
- Treffen im öffentlichen Raum mit max. 15 Personen
- Discos und Tanzlokale geschlossen
- Zwei-Haushalte-Regel (Empfehlung)
- Max. 5 Personen bei Sport und Kultur
- Regeln für Skigebiete
- $R < 1$  Kantone können bei guter Lage Schliessungen lockern
- 16 Ausnahmen für unter 16-Jährige (Sport/Kultur)
- Fernunterricht an Hochschulen

Kontakte reduzieren

Handhygiene beachten

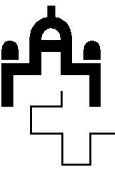
Maske tragen

Abstand halten



# Die wirtschaftspolitischen Folgen der Massnahmen zur Abfederung der Corona-Pandemie sind riesig

- Auswirkungen der **ersten Welle**: Die Schweiz erlebte im **ersten Halbjahr 2020** den **schärfsten Wirtschaftseinbruch seit vielen Jahrzehnten**: Im 2. Quartal 2020 war das BIP rund 9% tiefer als im 4. Quartal 2019. Im Vergleich zu einer Entwicklung ohne die Covid-19-Pandemie dürfte der gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungsverlust im ersten Halbjahr 2020 nahezu 25 Mrd. CHF betragen.
- Zur Eindämmung der **zweiten Welle** haben Bund und Kantone erneut teils einschneidende Massnahmen beschlossen. Restaurants und zahlreiche Betriebe, namentlich im Bereich der Freizeit- und Kulturdienste, mussten abermals schliessen oder sind in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Die **Konjunktur** dürfte **im 4. Quartal deutlich an Schwung verlieren** (Rückgang der Auslandnachfrage; Auswirkungen der gesundheitspolitischen Massnahmen auf die Binnenwirtschaft).
- Das Parlament hat seit März 2020 zahlreiche **Massnahmen zur Unterstützung der Erwerbsbevölkerung, der Unternehmen sowie der Wirtschaft** ergriffen. Die finanzielle Unterstützung erreichte ein für die Schweiz historisches Ausmass und trug dazu bei, dass die Konjunktur nicht stärker eingebrochen ist.



## Auch die Auswirkungen auf die Bundesfinanzen und damit auf die zukünftigen Steuerrechnungen sind enorm

- Folgendes sind die wichtigsten Massnahmen zur Unterstützung der Erwerbsbevölkerung, der Unternehmen sowie der Wirtschaft
  - **Kurzarbeitsentschädigung (KAE)** für Angestellte bei Arbeitsausfall (Gehälter bis 3'470 Franken werden bis Ende März 2021 voll ausgeglichen) sowie Arbeitslosenentschädigung bei einem Stellenverlust (Kosten: Ca. 25 Milliarden Franken);
  - **Corona-Erwerbsersatz für Selbstständigerwerbende und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung** (Umsatzschwelle: 50'000 Franken; Jahresumsatzeinbusse: 40%), die von behördlich angeordneten Betriebsschliessungen oder Veranstaltungsverböten betroffen sind oder ihre Erwerbstätigkeit massgeblich einschränken müssen (Kosten: 5-8 Milliarden Franken);
  - **Branchenspezifische Unterstützungen** (Medien, Kultur, Sport, ÖV, Flugverkehr);
  - **Härtefallhilfen** für aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den Folgen von Covid-19 besonders betroffenen Unternehmen (Kosten: 2.5 Milliarden Franken).
- Aktuell wird für das **Jahr 2020** mit einem **Finanzierungsdefizit von 20 Milliarden Franken** gerechnet.
- Für das **Jahr 2021** wird mit einem **Finanzierungsdefizit von 6.1 Milliarden Franken** gerechnet (bei Corona-Ausgaben von 6.6 Milliarden Franken).



# Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte – Nein zum Unterwerfungsvertrag der EU



verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 24. Oktober 2020

Das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU soll die automatische Gesetzesübernahme und die EU-Gerichtsbarkeit garantieren. Dies verstösst gegen grundsätzliche Werte und Interessen der Schweizer Bürger und der schweizerischen Wirtschaft. Darum lehnt die SVP das InstA entschieden ab. Die Unterzeichnung des InstA wäre staatspolitisch verwerflich. Insbesondere die Verpflichtung zur dynamischen (= automatischen) Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden Grundwerte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die auch in der Bundesverfassung verbrieft sind. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. In Konsequenz gefährdet es die Schweizer Wohlfahrt. Das InstA käme einer Preisgabe der Schweiz gleich.

## Beurteilung des InstA und Forderungen der SVP

- Das InstA führt die Schweiz **schleichend in die EU**, ohne dass die Schweiz über einen EU-Beitritt abstimmen kann. Ein solcher Anbindungs- und Unterwerfungsvertrag ist abzulehnen.
- Durch die Unterzeichnung werden in Zukunft die **Schweizer Wirtschaftspolitik** und Normenfestlegung, die **Schweizer Verkehrspolitik** (Land- und Luftverkehr), die **Schweizer Landwirtschaftspolitik** und die Regelung der **Zuwanderung** inklusive **Arbeitsmarktregulierung und Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen in wesentlichen Teilen allein von der EU für unser Land bestimmt** (Art. 2 InstA «Geltungsbereiche»). Das ist unhaltbar.
- Die SVP unterstützt **bilaterale Beziehungen** auch mit der EU. Bedingung ist, dass diese Verträge in gegenseitiger Übereinkunft und im gegenseitigen Interesse abgeschlossen werden. Das InstA verhindert diesen Weg für die Zukunft, indem die EU für die Schweiz Recht setzt, und die Schweiz verpflichtet wird, dieses Recht in der Schweiz zu übernehmen (Art. 5 InstA «Integration von Rechtsakten»). Damit wird der **schweizerische Gesetzgeber – Volk und Stände für die Verfassung, das Schweizer Volk und das Parlament für Bundesgesetze und die Kantone für ihre kantonale Gesetzgebung – ausgeschaltet**: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. **Das InstA ist die Beseitigung des bilateralen Weges und nicht dessen Fortsetzung.**
- Seit über 700 Jahren ist in den Gründungsurkunden und schweizerischen Staatverfassungen verankert, dass die Schweiz **keine fremden Richter** akzeptiert. Die Gestaltung und Auslegung der schweizerischen Gesetze ist Sache der Schweiz und nicht des Auslandes. Im InstA ist aber – trotz Schiedsgericht – **letztlich der EuGH die Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet**. Wörtlich ist festgehalten: «Das Urteil des EU-Gerichtshofs ist für das Schiedsgericht verbindlich.» Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem die Unparteilichkeit fehlt (Art. 4 InstA «Grundsatz der einheitlichen Auslegung» und Art. 10 Ziff. 3 InstA). Dies verstösst gegen die schweizerische Unabhängigkeit und ist nicht annehmbar.
- Das Schweizer Volk fordert die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** und hat deshalb am 9. Februar 2014 einen Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung beschlossen. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung dieses Artikels. Das InstA bewirkt das Gegenteil: **Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung noch ausgebaut**. So will die EU z.B. die Abschaffung der schweizerischen Lohnschutzmassnahmen und schliesst die Übernahme der Unionsbürgernorm nicht aus, was dem Verhandlungsmandat des Bundesrates ausdrücklich widerspricht. Eine solche Übernahme als Folgegesetzgebung der Personenfreizügigkeit wäre für die Schweiz sehr nachteilig und würde die Schweiz Milliarden kosten. Die Schweiz darf keine solche untragbaren Verpflichtungen übernehmen.
- Zudem ist es offensichtlich, dass die Schweiz, wenn sie den Vertrag übernimmt, im Bereich der **Personenfreizügigkeit und des Zugangs zu unseren Sozialversicherungen exorbitante Kosten** übernehmen müsste.
- Das Schweizer Volk fordert die **Ausschaffung krimineller Ausländer** und hat deshalb am 28. November 2010 einen Verfassungsartikel beschlossen, der die Ausweisung von Straftätern verlangt, die rechtskräftig verurteilt wurden. Mit dem InstA würde die Ausschaffung hunderter verurteilter krimineller EU-Bürger in Zukunft vernünftigerweise.
- Der wirtschaftliche Vorteil des InstA wird namentlich von den Grosskonzernen damit begründet, die **Rechtssicherheit** würde durch das InstA erhöht. Die Schweiz würde sich jedoch auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Dies kommt einer **massiven Verschlech-**

**terung der Rechtssicherheit** gleich. Die Erfahrung zeigt, dass der schweizerische Gesetzgeber, der mit dem InstA ausgeschaltet wird, punkto Rechtssicherheit wesentlich zuverlässiger als die EU ist. Dort wo es Sinn macht, können heute Regeln der EU übernommen werden, dort wo es keinen Sinn macht, sollen sie auch nicht übernommen werden. **Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess**. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz sind den Rahmenbedingungen der EU überlegen. Man vergleiche nur den EU-Instanzenzschmelze, die Höhe der Mehrwertsteuersätze, die Regulierungsdichte, die Minimalbesteuerungsvorgaben, die extensiven EU-Beihilferegulierungen usw. Unser Land ist dank schweizerischem Recht bezüglich Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke im Waren- und Dienstleistungssektor im Gegensatz zur EU eine der weltweit führenden Nationen. Dasselbe gilt im Bildungsbereich. Die Gründe für unseren Erfolg sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Rechtssicherheit, eine selbstverantwortliche Staatsordnung und die funktionierende Sozialpartnerschaft. Ihre Vorteile hat sich die Schweiz dank ihrer Unabhängigkeit erarbeitet. Es wäre ruinös, diesen Handlungsspielraum mit dem InstA aufzugeben. Das InstA birgt die Gefahr, dass die Schweiz mittelfristig ihre guten Rahmenbedingungen verliert und somit an Wirtschaftskraft einbüsst. Aufgrund einiger weniger wirtschaftlicher Vereinfachungen dürfen zudem fundamentale staatspolitische und bürgerrechtliche Staatssäulen, die sich bewährt haben, nicht über Bord geworfen werden.

- Die EU verlangt vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz periodisch sog. **Kohäsionszahlungen**. Gemäss EU soll dies die «Zutrittsgebühr für den EU-Binnenmarkt» sein (S. 34 InstA, «Gemeinsame Erklärung EU-Schweiz zur Kohäsion»). Eine solche Zutrittsgebühr ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen, denn von keinem einzigen Land werden solche Zutrittsgebühren verlangt oder bezahlt. Würden hier seitens der Schweiz durch das InstA solche Zahlungen akzeptiert, müsste die Schweiz aus Äquivalenzgründen dies ebenfalls verlangen. Entsprechend dem höheren Exportvolumen der EU in die Schweiz würden die Zahlungen der EU an die Schweiz die schweizerischen Zahlungen übertreffen.
- Sollte es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht das InstA **«Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung der betroffenen Abkommen»** vor (Art. 10 InstA). Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, **Strafmassnahmen resp. Sanktionen** gegen die Schweiz zu erlassen, wenn das Schweizer Volk oder das Parlament die Übernahme von EU-Recht ablehnen sollte.
- Völlig unannehmbar ist die Regelung mit weiteren **Guillotineklauseln**. Statt der angekündigten Abschaffung der Guillotineklausel für die Bilateralen I, sieht das InstA nun Guillotineklauseln nicht nur für die bisherigen Marktzugangsabkommen, sondern auch **für das InstA selbst vor, sowie zusätzlich eine Guillotineklausel für alle Abkommen, die die Schweiz später übernehmen muss** (sog. **«Super-Guillotine»**; Art. 22 InstA). Damit wird die Schweiz an die EU gebunden und das InstA definitiv zu einem Unterwerfungsvertrag. Guillotineklauseln dürfen keinesfalls akzeptiert werden.
- Das **Verbot der staatlichen Beihilfen im Rahmen des EU-Wettbewerbsrechts** betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung, Investitionen in die Wasserkraft oder Staatsgarantien für Kantonalbanken wären betroffen. Gefährdet wird zudem unser eigenes, föderalistisches und demokratisch legitimes **Steuerrecht** auf allen Stufen. Bereits früher versuchte die EU, gestützt auf das Freihandelsabkommen, das schweizerische Steuerrecht als mit dem Freihandelsabkommen unvereinbar zu erklären. Das InstA wird im Lichte der Rechtsprechung des EuGH den Begriff **«Beihilfe»** neu auch auf einen Teil unseres Steuersystems anwenden. Schliesslich würde der schädliche InstA-Mechanismus in Zukunft auch für das **Schweiz-EU Freihandelsabkommen** zur Anwendung kommen (Präambel und S. 35 InstA).



Die SVP verlangt vom Bundesrat dringend einen **Massnahmenplan** für den Fall, dass die EU der Schweiz wirtschaftliche Retorsionsmassnahmen aufbürdet, falls diese das InstA wegen Unzumutbarkeit ablehnt. Es sind Massnahmen zu erarbeiten, wie dies der Bundesrat beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz getan hat. Ebenso fordert die SVP ein **Effizienzsteigerungs- und Revitalisierungsprogramm** für die Schweiz.



Die Schweiz hat ihre **bewährte Wirtschaftspolitik** fortzusetzen. Sie hat dank ihrer Neutralität und ihres geachteten Rechtsstaates mit allen Ländern der Welt **Beziehungen in gegenseitiger Übereinkunft und beidseitigem Interesse**. Für die Zukunft ist Wirtschaftspolitik mit dem bewährten Instrument des Freihandels zu betreiben, wobei die Landes-sicherheit und die Landesversorgung besonders zu beachten sind. Dieser Weg ist fortzusetzen.



Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf **weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern zurückzuweisen**. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die **Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes** garantiert.





# alt Bundesrat Schneider-Ammann warnt vor Souveränitätsverlust

## Das Rahmenabkommen und die Souveränitätsfrage

*Bern will mit Brüssel drei Klarstellungen aushandeln und dann das Rahmenabkommen unterzeichnen. Damit wird das wichtigste Problem – der grösser werdende Souveränitätsverlust – nicht gelöst. Gastkommentar von Johann Niklaus Schneider-Ammann*

Man darf davon ausgehen, dass am 27. September die Kündigungsinitiative abgelehnt wird. Das ist gut so, denn die Kündigung der Personenfreizügigkeit würde via Guillotineklausel unserem bewährten bilateralen Vertragswerk mit der EU grossen Schaden zufügen. Bis zu diesem Zeitpunkt ruhen die Gespräche über das provisorisch abgeschlossene Rahmenabkommen (InstA). Aber ab dem 28. September wird hüten und drüben wieder Druck gemacht, die Verhandlungen nun endlich abzuschliessen. In der Schweiz werden einige nach gewonnener Schlacht keinen Grund mehr sehen, das Abkommen nicht sofort zu unterzeichnen. Und die EU dürfte weiter Druck auf Bern ausüben und die Suche nach Dossiers wieder aufnehmen, mit denen sie die Schweiz bedrängen kann (Börsenäquivalenz, Corona-Tracing-App), solange der Vertragsentwurf vom November 2018 nicht unterzeichnet ist.

### Gute Beziehungen

Zwar wird die EU vor dem Ende der Brexit-Verhandlungen kaum in der Laune für substanzielle Verhandlungen sein. Dennoch muss sich die Schweiz, ohne Zeitdruck, auf solche gut vorbereiten. In diesem Sinn scheint es mir wichtig, frühzeitig auf ein Problem hinzuweisen, über das bisher noch zu wenig diskutiert worden ist. Der Bundesrat hat zwar bereits im Juni 2019 drei Fragen identifiziert, bei denen «Klarstellungen» nötig seien: beim Lohnschutz, bei der Unionsbürgerrichtlinie und bei den staatlichen Beihilfen. Diese drei Fragen reichen aber längst nicht aus, so relevant – insbesondere die Lohnschutzmassnahmen – sie auch sind. In den (Nach-)Verhandlungen muss unbedingt auch die grundsätzliche Frage der staatlichen Souveränität angesprochen werden. Das in den bilateralen Verträgen gefundene Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und Binnenmarktzugang ist im Entwurf

des InstA (vom 23. November 2018) auf Kosten der Schweiz verloren gegangen.

Warum ist es überhaupt zu diesem unausgewogenen Entwurf des InstA gekommen, zumal unser Verhältnis mit der EU grundsätzlich gut und das bilaterale Vertragswerk im Interesse beider Partnerinnen ist? Der Personen- und der Warenverkehr zwischen der EU und der Schweiz ist im internationalen Vergleich eindrucksvoll und erst noch stark zugunsten der EU. Die EU tauscht mit der kleinen Schweiz dreimal so viele Waren aus wie beispielsweise mit dem grossen lateinamerikanischen Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Kein anderes europäisches Land, einschliesslich der EU-Mitgliedstaaten, ist in Europa demografisch und wirtschaftlich besser integriert als die Schweiz.

Unser Verhältnis mit Brüssel ist somit weitestgehend problemfrei, abgesehen von der Lohnschutzmassnahme der sogenannten Acht-Tage-Regelung, die angesichts der positiven Bilanz für die EU nicht wirklich wirtschaftshemmend sein kann und ausserhalb der nahen EU-Grenzregion niemandem echte Sorgen bereitet. Insbesondere im Vergleich mit den echten – internen und externen – Sorgen, die die EU zurzeit plagt. Trotzdem möchte die EU das bilaterale Vertragswerk auf eine neue Basis stellen, indem sie das institutionelle Set-up neu definiert. Ein Unterfangen, das gewiss legitim ist, das aber auch die Interessen des kleineren Partners berücksichtigen muss. Man kann ja in unserem Europa nicht einfach bestehende Verträge unilateral ändern oder deren Änderung mittels Nadelstichen oder Drohungen erwirken. Bern darf dies nicht akzeptieren.

Worum geht es der EU? Vereinfachend gesagt, will sie ihren Binnenmarkt schützen. Er sollte homogen sein; alle Teilnehmer sollten den gleichen Grundsätzen unterstellt sein. Deshalb soll-

ten die Marktzugangsabkommen mit der Schweiz einerseits grundsätzlich dynamisch an die Rechtsentwicklungen im EU-Acquis angepasst werden. Andererseits sollte es ein effizientes Streitbeilegungsverfahren geben. So weit, so gut.

In dem im November 2018 provisorisch ausgehandelten InstA-Entwurf wird aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Nicht nur soll die Schweiz die flankierenden Lohnschutzmassnahmen anpassen und die Unionsbürgerrichtlinie sowie die Regelungen zur staatlichen Beihilfe übernehmen, sondern es soll auch, erstens, in allen bestehenden und zukünftigen Marktzugangsabkommen der Grundsatz der dynamischen Rechtsübernahme gelten (d. h., die Schweiz muss zukünftiges Recht, das sie jetzt noch nicht kennt, übernehmen), zweitens soll die bestehende Guillotineklausel erweitert werden (d. h., bei einer Kündigung des InstA werden die Bilateralen I und alle neuen Marktzugangsabkommen gekündigt, womit die EU ein grosses Drohpotenzial erhält), und drittens soll im Streitbeilegungsverfahren das Schiedsgericht, sofern der EU-Acquis betroffen ist, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anfragen, dessen Urteile für das Schiedsgericht verbindlich sind (was wohl nicht gerade die Unabhängigkeit ist, die man sich von einem Schiedsgericht verspricht).

Diese Punkte – das dynamische Rechtensouveränitätspolitisch heikel. Selbstverständlich gibt es keine

**Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.**

absolute Souveränität, es sei denn, man lebe allein auf dem Mond. Unter Souveränität verstehe ich die Fähigkeit, innerhalb eines durch das Recht und die Sachzwänge vorgegebenen Rahmens die Geschichte selber zu bestimmen. Diesen Rahmen einzuschränken, ohne dafür ein Mehr an Mitsprache zu erhalten, finde ich staatspolitisch unklug. Natürlich mussten auch im bestehenden Vertragswerk souveränitätspolitisch relevante Kompromisse (Guillotine in den Bilateralen I) eingegangen werden. Die nun vorgesehenen institutionellen Anpassungen verändern aber den bilateralen Weg grundlegend. Aus opportunistischer Sicht mag man einwenden, wenn die EU diese Änderungen wolle, sei das zu akzeptieren. Wenn man dem Marktzugang eine viel grössere Bedeutung beimisst als Fragen der staatlichen Souveränität, mag dies aufgehen. Es besteht aber das Risiko, dass das Volk nicht von der Notwendigkeit eines derart einschneidenden Umbaus überzeugt werden kann. Ein Volks-Nein würde nie-

mandem nützen – auch der EU nicht. Sie und die Schweiz würden verlieren – der «Trost» für Brüssel, dass die Schweiz mehr verlore als die EU, hilft dieser auch nicht weiter.

### Konkrete Vorschläge

Was ist zu tun? Auf die wichtigen Anliegen Brüssels soll man – wie das der Bundesrat gemacht hat – eingehen, ohne die Schweizer Interessen zu vergessen.

Erstens: Dem berechtigten Anliegen Brüssels bezüglich der Bewahrung der Binnenmarkt-Homogenität ist Rechnung zu tragen. Deshalb dürfte der Grundsatz der Dynamisierung der fünf binnenmarktrelevanten Abkommen unvermeidlich sein. Eine derartige Veränderung des Status quo stellt allerdings eine grosse Konzession der Schweiz dar, die durch eine Art Opt-out-Regelung in sozialpolitisch besonders heiklen Bereichen abgefedert werden muss, eben zum Beispiel zum Schutz gegen ein zufälliges Lohndumping. Ein solcher Schutz stellt weder die grundsätzlichen Interessen der EU infrage, noch stellt er angesichts der Spezifität irgendeine Bedrohung dar. – Zweitens: Eine effiziente Streitbeilegung ist wünschenswert, aber eine faktische Unterstellung des Schiedsgerichts unter den EuGH geht zu weit. – Drittens: Die Erweiterung der Guillotineklausel im neuen Vertragssystem, das ohnehin schon neue Sanktionsmöglichkeiten – in der Form von sogenannten Ausgleichsmassnahmen – vorsieht, ist ungerechtfertigt. Ein solches Drohinstrument ist für die EU unnötig und der Schweiz unwürdig.

Die Schweiz sollte somit der EU nicht bloss Präzisierungen in Bezug auf die im Juni 2019 identifizierten drei Fragen unterbreiten, sondern insbesondere Lösungen für die heiklen souveränitätspolitischen Probleme vorschlagen. Dazu gibt es schon längst detaillierte Ideen. Sollte es nicht möglich sein, die nötigen Kompromisse innert vernünftiger Frist zu finden, könnten die beiden Parteien ein Interimsabkommen anstreben. Darin würde die Schweiz ihren Willen bekräftigen, die EU mit einem grosszügigen Beitrag zur Kohäsion zu unterstützen, und Bern und Brüssel würden im Rahmen des Courant normal das Aufdatieren der Verträge weiterführen. Dies, bis es gelingt, ein Rahmenabkommen auszuhandeln, das den berechtigten Anliegen beider Seiten Rechnung trägt: Dynamisierung der Rechtsübernahme (mit Opt-out-Möglichkeiten in vitalen Bereichen) einerseits, faires Streitbeilegungsverfahren und Verzicht auf unnötige Drohinstrumente andererseits. Zusammenfassend heisst das: Die Schweiz ist kein Übernahmekandidat. Wir sind wissenschaftlich und wirtschaftlich fit und haben dank guter Beziehungen zwischen den Sozialpartnern einen gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen der EU nicht beizutreten und müssen auch nicht mit einem unausgewogenen InstA darauf vorbereitet werden.

Johann Niklaus Schneider-Ammann war von 2010 bis 2018 Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung.

# Linksgrün, FDP und GLP wollen die „Ehe für alle“ und die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare

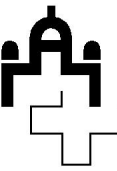
- Die Räte öffnen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Ehe für alle zugestimmt (13.468). Damit dürfen gleichgeschlechtliche Paare künftig ebenso wie Frau und Mann eine Ehe eingehen. Verheiratete lesbische Paare erhalten zudem Zugang zur Samenspende. Die Ehefrau der Mutter gilt als Mutter des Kindes, wenn dieses gemäss den Vorgaben im Fortpflanzungsmedizingesetz gezeugt worden ist, aber nicht nach einer Samenspende im Ausland. Die SVP hat sich vergeblich dafür eingesetzt, dass die Ehe weiterhin Mann und Frau vorbehalten bleibt.
- Das Referendum gegen die Ehe für alle und die Samenspende für gleichgeschlechtliche Paare ist bereits angekündigt, womit voraussichtlich das Volk über diese Ausweitung des Ehebegriffs und die Ausweitung der Fortpflanzungsmedizin wird abstimmen können.



## Parlament unternimmt weiteren Schritt zur Aufhebung der Geschlechteridentität

- Künftig kann jede und jeder auf dem Zivilstandsamt sein Geschlecht und den Vornamen ändern und zwar ohne Hormontherapie oder operative Veränderungen (19.081). Das Parlament räumte die letzten Differenzen aus und entschied, dass eine Zustimmung der Eltern respektive des gesetzlichen Vertreters vor der Vollendung des 16. Lebensjahr notwendig ist.
- Die SVP lehnte die Vorlage „Änderung des Geschlechts“, blieb damit aber chancenlos gegen die anderen Parteien.





# Das islamistische Terrorismus muss ernst genommen werden

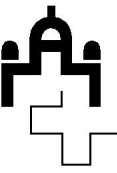
- Die Terrorangriff im Tessin, bei dem eine Frau schwer verletzt wurde, hat der Schweiz die grosse Gefahr des islamistischen Terrorismus wieder einmal vor Augen geführt.
- Trotzdem weigern sich die anderen Parteien, entschieden gegen den islamistischen Terrorismus vorzugehen. Mit mehreren Vorstössen (19.3301; 19.3306; 19.3376; 19.4005; 19.3598) wollte die SVP-Fraktion die Grundlagen schaffen, um die Schweizer Bevölkerung wirksam vor islamistischen Terrorakten zu schützen.
  - Islamistischen Gefährdern, Hasspredigern und radikalisierten Personen mit Doppelbürgerschaft soll die schweizerische Staatsbürgerschaft entzogen werden.
  - Die SVP fordert zudem, dass ausländische Terrorunterstützern die Einreise verwehrt wird oder dass sie des Landes verwiesen werden.
  - Und wenn sich Gefährder, Hassprediger und Radikalisierte in der Schweiz aufhalten, sollen sie keine Sozialhilfe kassieren.
  - Ausserdem müssen radikale muslimische Glaubensgemeinschaften und Moscheen konsequent überwacht werden.
  - Schliesslich ist die Finanzierung von Gebetshäusern, Organisationen und weiteren Institutionen aus dem Ausland endlich zu verbieten.
- Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit gegen unsere freiheitlich-abendländische Gesellschaft gehetzt, agitiert und gemordet wird. Die falsche Toleranz und die politische Korrektheit der anderen Parteien sind hier fehl am Platz.
- **Immerhin unterstützte der Nationalrat in der Sondersession einen SVP-Vorstoss (19.3034), dass Dschihad-Rückkehrer sofort inhaftiert werden.**



## Der Bundesrat versuchte heimlich, die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig EU-Recht zu unterstellen

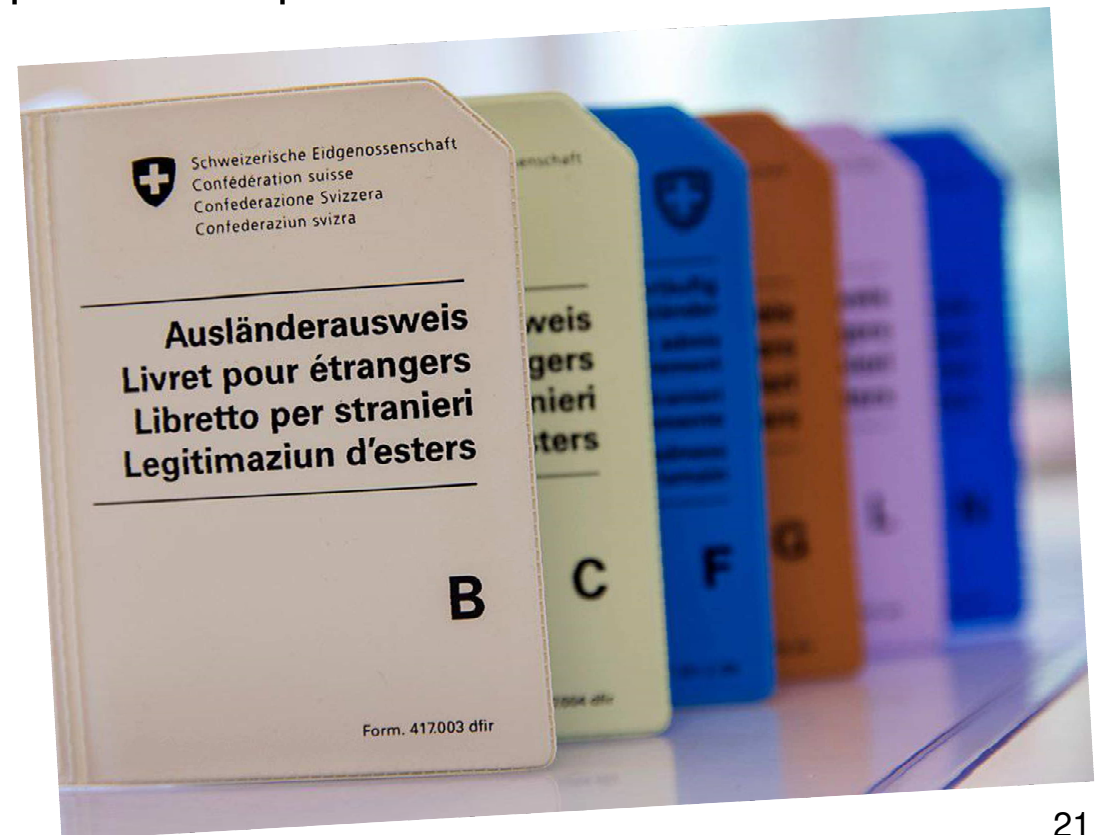
- Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig EU-Recht unterstellen (20.025). Damit hätte die EU bzw. der EU-Gerichtshof (EuGH) künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf. Dies wäre einem Verfassungsbruch gleichgekommen, denn das Schweizer Volk und die Stände haben am 28. November 2010 der Ausschaffungsinitiative zugestimmt.
- Dank der SVP wurde ein Vorbehalt zur Ausschaffung krimineller Ausländer in der Vorlage angebracht. Ständerat und Nationalrat haben die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes mit dieser Anpassung angenommen. Damit wird sichergestellt, dass die entsprechende EU-Richtlinie keine Anwendung findet auf die Anordnung und den Vollzug der Landesverweisung.

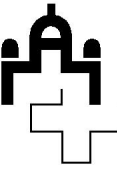




## Dolmetscher für schlecht integrierte Ausländer werden auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert

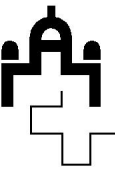
- Die Standesinitiative des Kantons Thurgau fordert eine Relativierung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, so dass die Kosten, die Fremdsprachige durch mangelnde Integrationsbemühungen verursachen, den Verursachern auferlegt werden können (19.303). Jährlich fallen den Gemeinden hohe Kosten an, weil schulpflichtige ausländische Kinder nicht in der Lage sind, eine Landessprache zu sprechen.
- Die Standesinitiative will ausländische Eltern in die Pflicht nehmen, damit sie sich rechtzeitig bemühen, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat entschieden, dass die Dolmetscher für schlecht integrierte Ausländer auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert werden müssen. Die SVP hat dieses berechtigte Anliegen des Kantons Thurgau erfolglos unterstützt.





## Linksgrün, die Mitte und die GLP verhelfen dem wirtschaftsfeindlichen Tabakproduktegesetz zur Mehrheit

- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Tabakproduktegesetz beraten (15.075). Der Ständerat hatte zahlreiche Verschärfungen eingefügt und zusätzliche Werbeverbote in der Presse, im Internet und an Anlässen mit internationalem Charakter im Gesetz verankert.
- Gegen die Stimmen der SVP haben Linksgrün, die Mitte und die GLP einem Werbeverbot in Kinos und im öffentlichen Raum (inkl. von öffentlichem Grund einsehbare Plakatwerbung) zugestimmt. Auch in der Presse und im Internet soll die Werbung weiter eingeschränkt werden.
- Zudem verankerte der Nationalrat ein Verbot von Mentholzigaretten im Gesetz.
- Im Gegensatz zum Ständerat verzichtete die grosse Kammer aber darauf, eine Meldepflicht für Firmen bezüglich ihrer Werbeausgaben ins Gesetz zu schreiben.
- Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/8): Wirtschafts- und Finanzpolitik

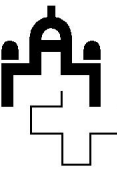
**Budget 2021  
mit Defizit von  
CHF 6.1 Mia.**

**Finger weg von  
der kantonalen  
Steuerhoheit**

**Nein zur  
Abschaffung des  
Bank-  
geheimnisses**

- Der Bundesrat hatte ursprünglich ein Defizit von einer Milliarde Franken budgetiert (20.041). Aufgrund der anhaltenden Corona-Krise einigten sich schliesslich National- und Ständerat auf Ausgaben von 82 Milliarden Franken und ein Defizit von 6.1 Milliarden Franken. Die SVP unterstützt gezielte Massnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie in besonders betroffene Branchen wie z.B. der Gastronomie.
- Vorgesehen ist, dass die Prüf- und Aufsichtskompetenzen der Eidgenössischen Steuerverwaltung gestärkt werden (18.469). Nachdem der Nationalrat die parlamentarische Initiative in der Herbstsession 2020 angenommen hatte, gab der Ständerat keine Folge gegeben. Die SVP lehnte einen Ausbau der Kompetenzen der Eidgenössischen Steuerverwaltung ab, weil dadurch die Steuerhoheit der Kantone und somit der Föderalismus angegriffen werden. Die parlamentarische Initiative geht nun in die Differenzbereinigung.
- Der Ständerat will nicht, dass ein Finanzdatenaustausch in Steuerfragen unter den Kantonen eingeführt wird (19.316). Mit den Stimmen der SVP-Ständeräte wurde die entsprechende Standesinitiative des Kantons Bern abgelehnt, welche das Bankkundengeheimnis im Inland faktisch aufgehoben hätte. Laut Initiativtext sollen Auskünfte der Banken an die Steuerbehörden der Kantone nicht mehr unter Strafe gestellt werden. Die SVP lehnt jede Aufweichung des Bankkundengeheimnisses entschieden ab. Der Schutz der Privatsphäre muss auch in finanziellen Fragen gelten.

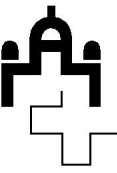




## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/8): Landwirtschaftspolitik

**Ständerat sistiert  
AP22+**

- Der Ständerat beschloss mit den Stimmen der SVP, die Agrarpolitik 22+ zu sistieren (20.022). Solange der Bundesrat nicht wie gefordert nachgebessert und die Widersprüche und Zielkonflikte in der Vorlage ausräumt, ist auf die Beratung zu verzichten. Zugestimmt hat der Ständerat hingegen dem finanziellen Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft für den Zeitraum 2022 bis 2025. Damit stehen für Direktzahlungen insgesamt 13.8 Milliarden Franken zur Verfügung. Die SVP begrüsst diese Ausgaben in der Höhe der Vorjahre. Das Geschäft geht nun an den Zweitrat.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/8): Ausländer- und Migrationspolitik

**Keine  
Aufweichung des  
Reiseverbots für  
vorläufig  
Aufgenommene**

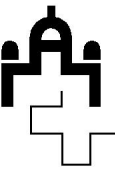
- Das Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene (20.063) war in der zuständigen Kommission stark verwässert worden. Mit Hilfe von GLP, FDP und Mitte wurden Ausnahmen eingefügt, so dass unerlaubte Auslandsreisen auch in Zukunft nicht hätten verhindert werden können. Die SVP-Fraktion konnte der Vorlage so nicht zustimmen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Tritt dieser ebenfalls nicht auf den Gesetzesentwurf ein, ist die Vorlage vom Tisch. Tritt die kleine Kammer ein und stimmt sie den Änderungen zu, ist erneut der Nationalrat am Zug. Es ist zu hoffen, dass FDP und Mitte dann Hand bieten für wirksame Massnahmen gegen unerlaubte Auslandsreisen.

**Ausnahme bei  
Rückschaffung  
von Asylanten**

- Der Nationalrat will, dass Asylanten mit einem Lehr- oder Ausbildungsvertrag bei einem negativen Asylentscheid vor der Rückkehr ins Herkunftsland ihre berufliche Ausbildung in der Schweiz weiterführen und abschliessen können (20.3925). Die Nein-Stimmen stammten fast ausschliesslich aus der SVP-Fraktion. Statt das Asylrecht zu verschärfen, schafft das Parlament eine weitere Möglichkeit für Wirtschaftsmigranten um im Land zu bleiben.

**Familiennachzug  
für „Schutz-  
bedürftige“**

- Der Ständerat will, wie es auch die SVP fordert, dass sog. „Schutzbedürftige“ ihre Familien erst nach drei Jahren in die Schweiz holen dürfen sollen, so wie es für vorläufig Aufgenommene gilt (16.403). Ein langfristiger Aufenthalt in der Schweiz ist für diese Personen nicht vorgesehen. Nachdem der Nationalrat die Vorlage aber in der Herbstsession 2020 ablehnte, sind die Aussichten für diese Asylrechtsverschärfung minim.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/8): Staatspolitik

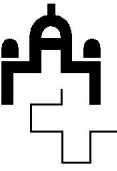
## «Mogelpackung» beim Institutionellen Abkommen

## Homeoffice für Nationalräte

## Identifikation von Personen mit AHV-Nummer

## Regelung der Po- litikfinanzierung

- Die Motion 19.3170 täuscht die Möglichkeit einer demokratischen Mitwirkung in Bezug auf das institutionelle Rahmenabkommen vor. Das Prinzip der automatischen Rechtsübernahme, der EuGH als abschliessende Rechtsinstanz und die Einführung einer Super-Guillotine-Klausel über alle Marktzugangsabkommen, verunmöglichen jedoch eine demokratische Mitwirkung per se. Die SVP wehrte sich gegen diese demokratiepolitische Mogelpackung, unterlag jedoch den anderen Parteien.
- Das Parlament schuf die Grundlage, dass die Nationalratsmitglieder von zu Hause aus abstimmen können (20.483). Die Idee mag zwar gut klingen, bringt aber zahlreiche praktische und rechtliche Probleme mit sich. Der Sprecher der SVP-Fraktion kritisierte, das Gesetz eine "staatspolitisch unwürdige Bastelarbeit". Die SVP setzte sich als einzige Fraktion geschlossen gegen das Homeoffice für Nationalräte ein.
- Der Nationalrat will, dass die AHV-Nummer zur Identifikation von Personen verwendet werden soll (19.057). Ein Rückweisungsantrag blieb chancenlos. Die SVP war gespalten: Einerseits wird es für Behörden je länger je schwieriger, Personen aufgrund eines Namens eindeutig zu identifizieren. Andererseits wird der Identitätsdiebstahl mit der breiten Verwendung eines Personenidentifikators stark zunehmen (in den USA wird mit der „Social Security Number“ oft Identitätsdiebstahl betrieben).
- Der Ständerat hat den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative weiter verschärft (19.400). So soll der offenzulegende Aufwand für Kampagnen von 250'000 auf 50'000 Franken gesenkt werden. Die grosse Kammer hatte in der Herbstsession den indirekten Gegenvorschlag klar abgelehnt. Die parlamentarische Initiative geht nun zurück in den Nationalrat.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/8): Sicherheitspolitik und Rechtsfragen

### Armeeinsatz in der zweiten Corona-Welle

- Der Bundesrat hatte Anfang November beschlossen, das Gesundheitswesen in der zweiten Corona-Welle mit bis zu 2'500 Armeeangehörigen zu unterstützen (20.083). Der Armeeinsatz ist bis zum 31. März 2021 befristet. Das Parlament hat diesen Dienst mit Unterstützung der SVP bewilligt.

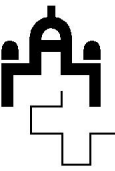
### Nationalrat will Pflichtlager- haltung überprüfen

- Das Parlament beschloss, dass der Bundesrat im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung ausweiten muss (20.3197). Die Ereignisse im Frühjahr 2020 führte der Schweizer Bevölkerung vor Augen, wie wichtig die wirtschaftliche Landesversorgung in der Krise ist. Die SVP unterstützte die Motion.

### Modernisiertes Erbrecht gefährdet den Familienfrieden

- Das Erbrecht wurde den neuen gesellschaftlichen Formen des Zusammenlebens angepasst (18.069). So wurden insbesondere die Pflichtteile für Nachkommen gesenkt, womit Erblasser freier über ihr Vermögen verfügen können. Die von der damaligen Justizministerin Simonetta Sommaruga geplante zwingende Berücksichtigung des faktischen Lebenspartner nach einem Todesfall, wurde erfreulicherweise aus der Vorlage gestrichen.





## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/8): Gesundheitspolitik

### Mutterschafts- urlaub bei kranken Neugeborenen

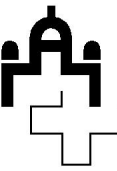
- Neu wird die Mutterschaftsentschädigung verlängert, wenn das Neugeborene unmittelbar nach der Geburt ununterbrochen während mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss (18.092). Ausserdem sollen nur Mütter Anspruch auf diese Verlängerung der Entschädigung haben, die nach dem Mutterschaftsurlaub nachweislich wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen.

### Räte uneinig über Abrechnungsfreiheit von Pflegerinnen

- Mit einer Ausbildungsoffensive und neuen Kompetenzen will das Parlament den Pflegeberuf stärken (19.401). Noch immer bestehen Differenzen bei der Frage, ob für Pflegerinnen, die selbständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll oder nicht. Der Ständerat hat daran festgehalten, dass nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime davon profitieren können, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Das Geschäft geht nun zurück in den Nationalrat.

### „Kostendämpfungs- paket 1“ im Gesundheits- wesen

- Mit einem Bündel von Massnahmen will der Bundesrat die eskalierenden Gesundheitskosten senken (19.046). Ein Schwerpunkt liegt auf der Einführung eines Experimentierartikels, welcher innovative und kostendämpfende Projekte ausserhalb des «normalen» Rahmens des KVG ermöglichen soll. Zudem wird die Rechnungskontrolle seitens Versicherer und Versicherten gestärkt. Schliesslich wurde der Einführung von landesweit einheitlichen Tarifstrukturen für ambulante Pauschaltarife zugestimmt. Das Geschäft befindet sich in der Differenzbereinigung.



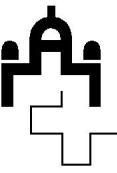
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/8): Gesundheits- und Bildungspolitik

**Schritt Richtung  
Cannabis-  
legalisierung**

**1,8 Milliarden  
Franken mehr  
Forschungs-  
gelder für die EU**

**28,1 Milliarden  
Franken für  
Bildung,  
Forschung und  
Innovation**

- Der Nationalrat beschloss, dass Medizinalcannabis auf Rezept vereinfacht abgegeben werden soll (20.060). Diese Entscheidung fiel gegen die Stimmen der SVP-Fraktion. Der Widerspruch zum gesundheitlichen Präventionseifer bei weitaus weniger schädlichen Tabakprodukten ist offensichtlich.
- Die Schweiz soll nach Ansicht der anderen Parteien bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes dabei sein (20.052). Das Parlament hat die für das sechsjährige Programm (2021-2027) „Horizon Europe“ notwendigen Gelder für in Höhe von 6,15 Milliarden Franken gesprochen. Das sind knapp 1,8 Milliarden Franken mehr als für das laufende Programm. Die Schweizer Pflichtbeiträge steigen damit um 37 Prozent. Die SVP-Fraktion wollte die Vorlage erfolglos zurückweisen. Die anderen Parteien wollen nicht prüfen, ob eine eigenständige, nationale Lösung mit direkter Projektfinanzierung zielführender und kosteneffizienter wäre.
- Nach einem zähen Hin und Her einigten sich der National- und Ständerat darauf, dass der Bund in den kommenden vier Jahren 28,1 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation zur Verfügung stellen soll. Das sind über 2 Milliarden mehr als in den vergangenen vier Jahren. Teilweise erhalten einzelne Institutionen bis zu 10% mehr. Die SVP mahnte vergeblich, dass ein Ausbau der Fördermittel in der aktuellen, finanzpolitisch angespannten Situation nicht tragbar ist.



## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/8): Infrastruktur-, Medien- und Umweltpolitik

### Schutz kritischer Infrastrukturen

- Die Motion 20.3461 verlangt, dass die gesetzliche Grundlage für eine Investitionskontrolle bei kritischen Infrastrukturen geschaffen wird, wenn ausländische Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen zu einer faktischen Kontrolle der Unternehmung führen. Die Mehrheit des Nationalrats wollte die Frage jedoch nochmals eingehend prüfen lassen und wies die Motion an die Kommission zurück. Die SVP unterstützte dieses Vorgehen. Kritische Infrastrukturen gehören nicht in ausländische Hände. Die Motion geht jedoch in die falsche Richtung.

### Ständerat will Medienförderung ausbauen

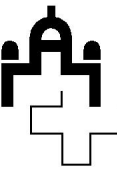
- Der Ständerat will den Medienartikel in der Bundesverfassung so ändern, dass nicht nur Radio und Fernsehen, sondern auch Presseunternehmen direkt gefördert werden dürfen (18.473). Gegen den Widerstand der SVP-Ständeräte stimmte der Ständerat der parlamentarischen Initiative zu. Die Befürworter von Links brachten das zweifelhafte Argument des Service Public vor, um die beabsichtigte Schaffung einer staatlich finanzierten Presselandschaft zu rechtfertigen. Das Geschäft kommt nun in den Nationalrat.

### Reduktion der Stickstoffeinträge in den Abwasserreinigungsanlagen

- Der Bundesrat soll die Stickstoffeinträge in den Abwasserreinigungsanlagen reduzieren (20.4261 und 20.4262). Ausserdem wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die rund 740 Abwasserreinigungsanlagen in der Schweiz Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen treffen. Abwasserreinigungsanlagen könnten einen grossen Beitrag gegen die Verunreinigung der Gewässer leisten. Der Nationalrat nahm beide Motionen mit mehrheitlicher Unterstützung der SVP-Fraktion an. Als Nächstes wird der Ständerat darüber befinden müssen.



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Falls es die Corona-Fallzahlen zulassen, würde ich mich über einen Besuch von Ihnen im Bundeshaus sehr freuen!

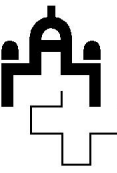
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Frühlingsession: 1. – 19. März 2021**
- **Sommersession: 31. Mai – 18. Juni 2021**
- **Herbstsession: 13. September – 1. Oktober 2021**
- **Wintersession: 29. November – 17. Dezember 2021**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
  - Anmeldung im Internet unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch):  
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
  - Für Rückfragen E-Mail an [sessionsbesuche@parl.admin.ch](mailto:sessionsbesuche@parl.admin.ch) oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



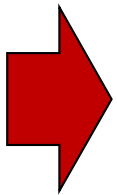
# Abstimmungsempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 7. März 2021

- Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» **JA**
- Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz) **JA**
- Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien **JA**

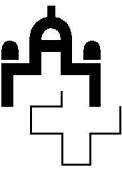


## Am 13. Juni 2021 kommt das CO<sub>2</sub>-Gesetz zur Abstimmung: Trotz Wirtschaftskrise soll alles noch teurer werden

- Das teure CO<sub>2</sub>-Gesetz wurde gegen den Widerstand der SVP verabschiedet.
- Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen **Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter** beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverbandsfonds (NAF).
- Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem **Verbot von neuen Ölheizungen** gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe **verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen** und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu **jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken**.
- Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von 30 bis 120 Franken (je nach Flugstrecke).



**Unterstützen Sie uns im Abstimmungskampf  
gegen das teure CO<sub>2</sub>-Gesetz!**



**Haben Sie Fragen?**